Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 15 | 1. Blatt — Sonnabend, 18. Januar | 1919

Die Lage um Bromberg.

Bromberg, 17. Januar. (Dr.) Eigene Artillerie beschoß das Forsthaus südlich der Schleuse 6. Südlich hiervon Patrouillenkämpfe. Ein Erkundungsvorstoß der Bromberger Matrosenabteilung fand Tannenhof und Antonsdorf vom Gegner frei. Ein Panzerauto bekämpfte ein polnisches Maschinengewehrnest bei Netzwalde.

Der schlesische Bergarbeiterstreik.

Kattowitz, 16. Januar. (Dr.) Heute früh haben hier Verhandlungen zwischen der Regierung und den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Montanindustrie in Anwesenheit des Volksbeauftragten Landsberg begonnen. Die Arbeiter verharren auf ihren hohen Forderungen, insbesondere auf der Forderung der einmaligen Auszahlung einer größeren Summe. Von den Arbeitgebern wurde diese Forderung als technisch und materiell undurchführbar abgelehnt. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Spartakus im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Hamborn, 16 Januar. (Drahtnachricht.) Heute morgen sind Regierungstruppen in Stärke von etwa 50 Mann in die Kolonie der Schachtanlage „Lohberg" eingedrungen, um in den Häusern Untersuchungen nach Waffen der Spartakisten vorzunehmen. Die Spartakisten, an der Spitze der Arbeiterrat, sind in die Gruben eingefahren und haben die Belegschaft von etwa 2000 Mann gezwungen, auszufahren. Die Spartakisten bewaffneten sich danach mit Maschinengewehren und Handgranaten und stellten Patrouillen rings um den Ort auf. Die Regierungstruppen sind nach Dinslage abgezogen.

Feindliche Besetzung von Duisburg.

Duisburg, 16. Januar. (Drahtnachricht.) Als Vortrupp der angekündigten feindlichen Besetzung sind heute 9 Offiziere (Franzosen, Belgier, Engländer und Amerikaner) mit zunächst 25 Mannschaften hier eingetroffen. Ihre Aufgabe ist vorläufig die Beobachtung der hiesigen Verhältnisse, die Kontrolle der Schiffahrt und die Sicherstellung der Kohlentransporte. Sollten irgend welche weiteren Unruhen ausbrechen, ist die allgemeine Besetzung von Duisburg angedroht.

Die Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland durch Lebensmittellieferung.

Rotterdam, 16. Januar. (Drahtnachricht.) Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet Morgenpost aus Paris, daß der amerikanische Vorschlag, den Bolschewismus in Deutschland mit Lebensmitteln zu unterdrücken, bei einigen anderen Ländern auf Widerstand stößt. Sollte in der Lage keine Wendung zum Besseren eintreten, so würde die Folge davon sein, daß Präsident Wilson früher, als ursprünglich beabsichtigt, nach Amerika zurückkehrt.

Aus dem französischen Ministerium des Aeußern.

Paris, 16 Januar. (Dr.) Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Premierminister der alliierten und assoziierten Mächte hielten im Beisein der japanischen Gesandten in Paris vormittags 10.30 Uhr bis 12.30 eine Sitzung im Ministerium des Aeußeren ab. Sie sprachen über die Beziehungen zwischen Konferenz und Presse und beschlossen, sich heute um 5 Uhr unter Hinzuziehung der fremden Presse und der alliierten Pressevertreter zu einem Meinungsaustausch über die beste Arbeitsmethode zu versammeln. Die Versammlung beschäftigte sich hierbei mit der Prüfung der Lage in Rußland und beschloß, daß die Regierungen die letzten eingegangenen Nachrichten sich gegenseitig mitteilen sollten, um sie gemeinsam zu prüfen. Die nächste Versammlung wird Freitag vormittag 10.30 Uhr stattfinden.

Sind wir für den Frieden gerüstet?

Wir brauchen dringend den Frieden! Wichtig aber ist die wirtschaftliche Rüstung, in der er uns antrifft. Hier sind von der neuen Regierung unzweifelhaft schwere Unterlassungssünden begangen worden, deren Kosten wieder einmal das deutsche Volk zu bezahlen hat. Wir haben eine Sozialisierungskommission eingerichtet, Reichsämter für Sozialpolitik, für Wirtschaft und Demobilmachung errichtet. Trotzdem fehlt gerade das eine, was uns nottut: die wirtschaftliche Rüstung für den Frieden. Offenbar haben bei uns manche politische Kreise damit gerechnet, daß wir unseren Gegnern nur demokratisch zu kommen brauchten, um über alle Schwierigkeiten des Ueberganges glatt hinwegzukommen. Während wir die ewigen Zänkereien der mehr oder weniger ratlosen „Räte" anhören mußten, wurden auf dem anderen Ufer alle Vorbedingungen geschaffen, um den Sieg restlos auszunutzen. In London, Paris und Washington sind Ausschüsse aller Art wie Pilze nach warmem Regen aufgeschossen. Sie alle haben nur die eine Aufgabe, die sie in unermüdlicher Arbeit zu lösen suchen: Deutschland auszusaugen und es entscheidend zu schwächen. Den ersten sichtbaren Niederschlag dieser Arbeit bildeten die Noten, die unseren Waffenstillstandskommissionen in Trier und Spaa überreicht worden sind. Wir erfahren jetzt erst aus der Antwort des deutschen Staatssekretärs Grafen Brockdorff-Rantzau, daß Form und Inhalt der letzten Note der Verbündeten von einer Beschaffenheit war, daß ihre Entgegennahme abgelehnt werden mußte. Allerdings ist damit die Gefahr nicht beseitigt, denn der Vielverband besitzt die Machtmittel, uns schändliche Bedingungen aufzuzwingen. Wir haben dagegen nur eine Möglichkeit, uns zu wehren: das ist der Ruf an das öffentliche Gewissen aller gesitteten Völker der Erde. Sie müssen von uns hören, daß wir in beispielloser Weise vergewaltigt werden sollen. Sie müssen aber auch unseren Willen sehen und spüren, daß wir trotz der Niederlage noch über ungeheure Energieen verfügen, daß wir entschlossen sind, diese in Arbeit umzusetzen. Wenn die Völker daran glauben sollen, so müren sie sehen, wie wir uns für den Frieden rüsten, daß ein emsiges Schaffen und Wirken durch das ganze Reich geht. Wir sind an wirtschaftlichem Unternehmungsgeist und kaufmännischem Pfadfindergeschick nicht ärmer geworden. Die Erde bietet noch immer ein gewaltiges Betätigungsfeld vor allem für unsere wissenschaftlich und praktisch geschulten Industrien.

Bis jetzt hat die Regierung offenbar noch keine Zeit gehabt, diese wichtigste Frage des deutschen Volkes zu studieren. Es ist die wichtigste Frage, weil von unserer wirtschaftlichen Rüstung schließlich die Möglichkeit zum Leben und zur Entwicklung abhängt. Nicht aber von der „Sozialisierung", für die eine Kommission errichtet wurde, in der nun die trüben Oellämpchen verschiedener volkswirtschaftlicher Leuchten flakkern. Wo bleiben aber die Fachleute aus Industrie, Handel und Schiffahrt? Welcher Ausschuß ergründet, wie wir in Südamerika oder anderen nicht gesperrten Teilen der Erde zunächst die Ausfuhr wichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe organisieren? Haben wir für unsere Uebergangszeit die Gelehrsamkeit unserer sozialistischen und ökonomischen Theoretiker notwendiger als die praktische Erfahrung unserer Exportkaufleute und Reder? Soll das alles bis auf die Zeit nach dem Frieden verschoben werden, nachdem die Friedenskonferenz uns die Haut stückweise abgezogen hat? Mit welcher wirtschaftspolitischen Rüstung will die Regierung zur Friedenskonferenz gehen? Aus London und Paris haben wir bereits gehört, daß die Friedensgesandtschaft unserer Feinde mit einem erlesenen Stab Hunderter von Fachleuten und Mitarbeitern anrücken. Sie sind für alle Fälle gerüstet, während bei uns Ruhe über allen Wipfeln, aber Sturm u. blechernes Redegeklapper in allen Versammlungen der „Räte" ist. Gefahr ist im Verzug. Was in dieser Hinsicht geleistet werden soll und muß, das hat z. B. das preußische Ministerium des Innern bewiesen. Es hat den bekannten freikonservativen Politiker Siegfried von Kardorff, der auch Landrat von Lissa ist, beauftragt, eine Denkschrift über die bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse der preußischen Ostmarken auszuarbeiten. Die Polen trachten offenbar danach, bis zum Zusammentritt der Hauptfriedenskonferenz vollendete Tatsachen zu schaffen. Ihre Banden sind zwar mit Maschinengewehren, ihre Forderungen aber nur mit guten Gründen zu bekämpfen. Ebenso muß die Rüstung für Elsaß-Lothringen beschaffen sein. Weder die Franzosen noch andere Völker dürfen von der Friedenskonferenz mit dem Glauben hinweggehen, sie hätten diese deutschen Provinzen mit dem besseren geschichtlichen, völkischen und geographischen Recht erobert. Niemals darf ein Zweifel darüber entstehen, daß uraltes deutsches Land vergewaltigt wird, wenn nicht zum mindesten die Elsässer das freie Selbstbestimmungsrecht erhalten. Für eine andere Entscheidung gäbe es kein Verzeihen und kein Vergessen, was auch immer die doch zur Zeit bestehende Mächtegruppe der Gegner beschließen würde. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Der Wille zum Leben muß wieder in uns wach werden, muß uns hämmern und vorwärtstreiben.

Der Waffenstillstandsvertrag verlängert.

Berlin, 16. Januar (Dr.) Die Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages ist heute nachmittag in Trier von Unterstaatssekretär Erzberger unterzeichnet worden.

Zum Tode Liebknechts und der Rosa Luxemburg.

Berlin, 17. Januar. (Drahtnachricht.) Die Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tode Rosa Luxemburgs und Dr. Liebknechts geführt haben, die strengste Untersuchung angeordnet. Schuldige werden nach dem Gesetz bestraft werden. Die beiden Getöteten hatten sich zweiffellos schwer am deutschen Volke vergangen, hatten jedoch ebenso zweiffellos Anspruch auf das Recht, das Schuldige bestraft, aber sie auch vor Unrecht schützt.

Hierzu möchten wir bemerken, daß es, auf welche Weise immer der Tod der beiden Verderben säenden Menschen herbeigeführt sein mag, für Deutschland ein Glück ist, sich von ihnen befreit zu sehen.

Im übrigen wird man in einer Zeit des gewaltsamen Umsturzes die Handlungsweise des einzelnen nicht ausschließlich vom Gesichtspunkt des Staatsanwaltes aus beurteilen dürfen.

Die Befreiung der Berliner Regierung von der Bedrohung durch die bolschewistische Minderheit hat, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, eine innerpolitische und eine außenpolitische Bedeutung. Zum ersten Mal seit Beginn der Revolution und Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung wissen wir, daß diese Wahlen auch wirklich stattfinden werden; da Berlin und die Reichsregierung den Beweis ihres guten Willens und ihrer Kraft zur Staatsbildung und Staatserhaltung erbracht haben, ist es am Reiche, das Mißtrauen gegen Berlin aufzugeben und alle Deutschen aller Stämme zur einheitlichen Gestaltung und zum Neubau des Reiches aufzurufen. Nach außen ist mit der Ordnung in Berlin und der Sicherung der Wahlen zur Nationalversammlung eine wichtige Vorbedingung des Friedens geschaffen. In Berlin wurde darüber entschieden, ob das russische Beispiel eine wesentliche Fortsetzung haben soll, oder ob Deutschland stark genug ist, auch in der Niederlage Herr seines Geschickes zu bleiben. Die deutsche auswärtige Politik hat einen Aktivposten gewonnen. Die Gegner müssen verhandeln, und wir dürfen wieder an einen nahen Frieden glauben, der aus innerer Anarchie und äußerer Ohnmacht zu entschwinden drohte.

Berlin, 15. Januar. Die gestrige Säuberung des Moabiter Stadtteiles vollzog sich, wie das „Berliner Tageblatt" schreibt, mit überraschender Schnelligkeit. Zahlreiche Spartakisten wurden gefangen. Oberst Reinhardt, der die Operationen der Regierungstruppen in Moabit leitete, widersprach verschiedenen wilden Gerüchten. Unter anderem wurde erzählt, daß mehrere Arbeiter der Munitionsfabriken in Moabit standrechtlich erschossen worden sind. Das ist nicht wahr.

Laut „Vossischer Zeitung" vollzog sich die Ablieferung der Waffen ruhig. Bis zum Abend waren rd. 1500 Gewehre sowie eine Anzahl Revolver und Brownings abgeliefert worden. Auch mehrere Maschinengewehre wurden beschlagnahmt, zum Teil auch freiwillig herausgegeben. Abends wurde die Absperrung wieder aufgehoben. Es verblieben noch Sicherungsposten in der Straße. Der Haupttrupp wurde zurückgezogen.

Wie der Berliner „Lokal-Anzeiger" hört, wird die Säuberung von Spartakusbanden heute im Innern der Stadt fortgesetzt werden.

Ruhe im Berliner Zeitungsviertel.

Berlin, 16 Januar. (Dr.) Der Abend verlief im Zeitungsviertel wie in der übrigen Innenstadt ruhig. Nur gegen 11 Uhr kam es in der Kochstraße beim Ullsteinhaus zu einer Schießerei. Offenbar handelte es sich um einen Angriff vom Dach eines benachbarten Hauses aus.

Wortlaut der von den Regierungstruppen abgegebenen Verpflichtung zum Heeresdienst.

Berlin, 16. Januar. (Dr) Um das völlig unberechtigte Mißtrauen, ob nicht mit den im Gange befindlichen militärischen Maßnahmen reaktionäre Strömungen verbunden sind, zu beseitigen, wird nachstehend nochmals der Wortlaut der von den Regierungstruppen abgegebenen Verpflichtung, Offizieren wie Mannschaften, bekannt gegeben.

Ich verpflichte mich, der deutsch-sozialistischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Wissen als Soldat zu dienen. Die jetzige provisorische Regierung werde ich unbedingt schützen und sie unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und an den Grenzen des Reichs. Ich trete ein für ungestörte Nationalversammlung und der von dieser beschlossenen Gesetze.

Die „Freiheit" der deutschen Presse.

Berlin, 15. Januar. Als ein neues Beispiel für die Art, wie gewisse Parteigänger augenblicklich die Freiheit der deutschen Presse behandeln zu dürfen glauben, veröffentlichen wir nachstehendes Telegramm:

Braunschweig, 15. Januar. In seiner Sitzung vom 14.—15. Januar beschloß der A.- und S.-Rat von Braunschweig, daß alle Zeitungen der Republik folgende Notiz ohne jeglichen Kommentar an bevorzugter Stelle zu bringen haben:

Das Berliner Wolffsche Telegraphenbüro, das in enger Beziehung zur Reichsregierung steht, hat während des Krieges durch dauernde Lügenmeldungen zur Verhetzung des Volkes und zur Verlängerung des Krieges beigetragen. Auch jetzt steht das Wolffbüro unter dem Einfluß der Regierung und es lügt und verhetzt weiter. Da durch die fortwährenden Lügenmeldungen des W. T. B. die Bevölkerung gegenseitig verhetzt wird, und dadurch Unruhen und Verwirrungen entstehen, so unterstellen wir sämtliche amtlichen und nichtamtlichen Meldungen des W. T. B. der Vorzensur. Zeitungen, die unzensurierte Wolffmeldungen bringen, haben mit einem Verbote zu rechnen.

Der A.- und S.-Rat beschloß weiter: Das Wolffsche Telegraphenbüro ist zu besetzen, alle dort eingehenden Nachrichten sind zu zensurieren.

Ein Verfassungsentwurf für das deutsche Reich.

Berlin, 15. Januar. Wie der „Abend" meldet, beschäftigte sich gestern und heute das Reichskabinett mit dem Verfassungsentwurf, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Nach diesem Entwurf soll sich das Reich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf 10 Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsminister gebildet werden. Die zahlreichen Einzelheiten des Entwurfs dürften noch eingehend durchberaten und vielleicht noch hier und da abgeändert werden.

Die „Deutsche Tageszeitung" und der Handwerkertag in Weimar.

Die Leitung der D. demokratischen Partei erhielt von Herrn Obermeister Karl Rahardt, Präsident der Handwerkskammer zu Berlin, Mitglied des Hauptvorstandes der Deutschen demokratischen Partei, ein Schreiben, das folgendermaßen lautet:

„Die „Deutsche Tageszeitung" kann es mir offenbar nicht verzeihen, daß ich aus dem Verhalten der konservativen Parteien zur preußischen Wahlrechtsvorlage sowie aus meinen reichen Erfahrungen während des Krieges die Konsequenzen gezogen habe und zur Deutschen demokratischen Partei übergetreten bin. Das allein würde mich gleichgültig lassen, aber das Organ des Grafen Reventlow scheut sich nicht, selbst zu kleinen Fälschungen zu greifen und mir eins auszuwischen. Diese Kampfesweise gibt mir Anlaß zu der Bitte, nachstehende Feststellung zur Kenntnis der Oeffentlichkeit zu bringen:

Am 29. Dezember fand in Weimar eine außerordentliche Tagung der deutschen Innungen und Handwerker-Vereinigungen statt, die sehr stark besucht war und nach meinem Referat die von mir verfaßte und von allen anwesenden Vertretern der preußischen Handwerkskammern gebilligte Resolution einstimmig annahm. Um so größer war mein Erstaunen, bei meiner Rückkehr aus Berlin in der „Deutschen Tageszeitung" vom 30. Dezember eine Notiz mit der Ueberschrift: „Das deutsche Handwerk gegen die Deutsche demokratische Partei" zu finden, in der behauptet wird, daß die zwischen der Demokratischen Partei und mir geführten Verhandlungen, das ganze deutsche Handwerk in das Lager dieser Partei zu führen, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt seien.

Die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung" hält es demnach nicht unter ihrer Würde, die Entschließung des deutschen Handwerks gegen die „Sozialdemokratische Partei„ in eine solche gegen die „Deutsche demokratische Partei" zu fälschen und sich ihre weiteren Behauptungen aus den Fingern zu saugen.

Es ist zwar richtig, daß die Deutschnationale Volkspartei eine Anzahl beauftragter Debatteredner gegen die Deutsche demokratische Partei vorschickte, doch entwickelten diese guten Leute ein derartiges Maß von geschichtlicher Unwissenheit und köstlicher Naivität, daß sie mit jeder ihrer Ausführungen immer neue Fensterscheiben ihrer Auftraggeber einwarfen.

Die einstimmige Annahme meiner Resolution ist wohl der beste Beweis für den in der „Deutschen Tageszeitung" verzapften Unsinn. Im übrigen stelle ich noch fest, daß das zwischen Herrn Plate, Dr. Meusch und mir einerseits und Herrn Dr. Pachnicke als Beauftragten der Deutschen demokratischen Partei anderseits vereinbarte Handwerkerprogramm nicht von einem einzigen Redner der Weimarer Tagung kritisiert worden ist und daß dieses Handwerkerprogramm fast wortwörtlich von der Deutschnationalen Volkspartei übernommen wurde. Der Artikel „Handwerk und Demokratische Partei" in Nummer 3 der „Deutschen Tageszeitung" ist mir zu töricht, als daß ich ihm auch nur ein Wort der Erwiderung angedeihen lasse. C. Rahardt."

Kriegsabgaben.

Im Reichsgesetzblatt werden zwei Gesetzentwürfe aus dem neuen Steuerprogramm veröffentlicht. Und zwar ein Gesetzentwurf betr. außerordentliche Kriegsabgaben für 1919 und ein Gesetzentwurf betr. Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs. Der erste Entwurf ist im wesentlichen eine Wiederholung des gleichlautenden Gesetzes für 1918. Aus dem zweiten Entwurf ist als bemerkenswert hervorzuheben, daß eine verschärfte Auskunftspflicht der Notare und Gerichte festgesetzt wird. Es besteht ferner keine Möglichkeit, durch Schenkungen die Vermögensabgabe zu vermindern, da der Schenkende auch von seinen Schenkungen die entsprechenden Abgaben zu entrichten hat. Der Kapitalverpflichtung durch Anschaffung von Schmuck und Kunstgegenständen wird dadurch entgegengetreten, daß alle diese Gegenstände dem Vermögen hinzuzurechnen sind. Im allgemeinen werden sämtliche Ausgaben für Anschaffungen dem Vermögen hinzugerechnet, wenn sie den Betrag von 10 000 Mark übersteigen. Lebens-, Unfall- und Rentenversicherungen werden, falls die jährlichen Prämienzahlungen 1000 Mark übersteigen, in vollem Umfange dem Vermögen zugerechnet. Im einzelnen sind folgende Abgaben vorgesehen: die ersten 3000 Mark Vermögenszuwachs sind abgabefrei, die nächsten 10 000, also bis 13 000 Mark trifft eine Abgabepflicht von 10 Proz. Von den weiteren 10 000 Mark sind 15 Proz. zu entrichten. Die Abgaben steigern sich zunächst bis zum Betrage von 80 Proz. bei einem Zuwachs von 500 000 Mark. Bei größerem Vermögenszuwachs wird noch radikaler eingegriffen. Es ist vorgesehen, daß vom Zuwachs niemand mehr als 199500 Mark zurückbehalten kann. Alles, was darüber hinaus ist, wird fortgesteuert.

Wie sozialisiert wird!

Essen, 15. Januar. Der Bergbauverein in Essen hat an den Volksbeauftragten Herrn Ebert in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:

Wie wir hören, will sich der vom Arbeiter- und Soldatenrat ernannte Volkskommissar für Sozialisierung der Bergwerke vom Arbeiter- und Soldatenrat die Vollmacht geben lassen, über die Bankguthaben der Zechen zu verfügen. Wir bitten aus dieser Aeußerung zu ersehen, wie weit die Lage sich hier zugespitzt hat, und wie dringend ein Eingreifen zum Zwecke der Verhinderung des vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruches nötig ist.

Besprechungen in Berlin über die Sozialisierung der Bergwerke.

Essen, 16. Januar. (Dr.) Oberbürgermeister Dr. Luther, der Abgeordnete Hille, Generalsekretär Tengelmann und Herr von und zu Löwenstein wurden heute abend zu dem Volksbeauftragten Wissel nach Berlin berufen, wo morgen nachmittag eine Sitzung über die Frage der Sozialisierung des Bergbaues mit dem vom A- und S.-Rat des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes ernannten Volkskommissar für den Bergbau stattfindet.

Zur Lage im Osten.

Berlin, 15. Januar. Zur Lage im Osten teilt die Oberste Heeresleitung folgendes mit: Die vorderste Linie der freiwilligen baltischen Landeswehr verläuft von Popoljany nach Altanz. Die Bahnstrecke ist bei Popoljany unterbrochen. Ein russischer Kommissar kündet die Besetzung des Bahnhofs Josle, 45 Kilometer östlich Kowno, durch stärkere russische Kräfte an, die im Vormarsch auf Kowno begriffen seien.

Handelsverkehr zwischen Deutschland und Norwegen.

Wie wir aus amtlicher Quelle erfahren, sind zur Einfuhr von Norwegen nach Deutschland nur solche Waren und soweit zugelassen, wie sie Deutschland auf Grund des deutsch-norwegischen Handelsabkommens vom 14. September 1918 zustehen.

Zur Ausfuhr von Deutschland nach Norwegen kommen vorläufig nur folgende Rohmaterialien in Betracht: Kohle, Koks, Salz, Pottasche, Konstruktionseisen, Stahl für Schiffsbauzwecke sofern dieses Material klauselfrei geliefert wird), Kieselgur, Rohre, Steine, Flußspat, Kalksteine, Gips, Lehm, Roheisen Schrott, Glaubersalz, Holzfässer, Tonnenreifen, Därme zur Wurstfabrikation und lebende Pflanzen.

Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

Paris, 16. Januar. (Drahtnachricht) Das Sekretariat der französischen Abordnung für die Friedensverhandlungen hat die ständigen Vertreter der an der Friedenskonferenz beteiligten Staaten eingeladen, die Vertreter ihres Landes für die Eröffnungssitzung zu ernennen. In dem Sitzungssaale werden die Abordnungen alphabetisch nach den Namen der Staaten geordnet sitzen. Poincare wird die Sitzung mit einer Ansprache eröffnen und den Sitzungssaal sodann wieder verlassen.

Das Parteibüro der U. S. P. D. in Berlin verwüstet.

Berlin, 15. Januar. Wie behauptet wird, soll bei der heute vorgenommenen Besetzung der Stadtteile Groß-Berlins durch die regierungstreuen Truppen zum Zwecke der Waffenabnahme das Parteibüro der U. S. P. D. (Unabh. Soz. demokratische Partei Deutschlands) von 30 Soldaten unter Führung eines Leutnant in unerhörter Weise verwüstet worden sein. Die Reichsregierung verurteilt solche Ausschreitungen aufs Schärfste und wird jeden Schuldigen ohne Nachsicht zur Verantwortung ziehen. Es ist bereits einwandfrei festgestellt, daß in diesem Falle nicht die Noskeschen Truppen, sondern eine Abteilung der Volkswehr aus dem Reichstag unter Führung ines Leutnant Schröder in Frage kommt. Der Leutnant ist bereits festgenommen.

Genügende Vorräte in der Welt.

Paris, 15. Januar. (Meldung der Agence Havas). Die dritte Sitzung des Obersten interalliierten Verpflegungsrates wurde am 13. Januar im Verpflegungsministerium abgehalten. Im allgemeinen wurde festgestellt, daß die Vorräte der ganzen Welt bei weitem genügen, um die Versorgung der alliierten und befreiten Nationen zu sichern. Gegenwärtig werden alle Maßnahmen getroffen, um die Prüfung und die Lösung der mit den Finanzfragen und den See- und Landtransporten zusammenhängenden Fragen zu sichern, bis das Projekt, das die Vertreter der vier Schatzämter einreichen werden, eingeht. Man einigte sich im Grundsatz dahin, daß die vier vertretenen Mächte an den nötigen Finanzabkommen teilnehmen werden.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 17. Januar 1919.

Offiziere und Deutsch-Demokraten.

Herr Leutnant d. R. Emmerich schreibt uns: Die Deutschnationale Volkspartei gibt sich des öfteren, den Anschein, als ob sie die ganzen deutschen Offiziere geschlossen hinter sich hätte. Demgegenüber ist festzustellen, daß zum mindesten ein sehr großer Teil des Reserveoffizierkorps für die Deutsche demokratische Partei eintritt.

Das ganze deutsche Offizierkorps ist bis zum Umsturz der Losung „Für Kaiser und Reich" im Innersten treu gewesen. Der Gang der Ereignisse nahm uns dieses oberste Gesetz. Unsere neue Losung möge sein: „Für Reich und Volk!"

Wlche Pflichten erwachsen den Offizieren aus dieser Losung? Die Pflicht gegen das Reich: durch und durch deutsch zu sein, die Pflicht gegen das Volk: demokratisch zu sein. Das estere ist Selbstverständlich, für das zweite bedarf es noch einiger Ausführungen.

Ausländer, die vor dem Kriege Deutschland zum Studium seiner innerpolitischen Verhältnisse besuchten, stellten fest, daß trotz der weitgehenden sozialen Fürsorge das Parteileben durch die tiefe Kluft zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien gekennzeichnet wurde. Woran lag das? Viele sagen, die Sozialdemokratie wäre Schuld daran. Zum Teil ja, zum anderen Teil aber lag die Schuld bei den herrschenden Klassen, die jenes Etwas zur Schau trugen, was Heine einst den „eingefrorenen Winkel" nannte. Kastengeist hatte in unserem Volksleben tief Wurzel geschlagen und eben weil dieses Uebel so tief in uns saß, hat auch der Kitt, der im August 1914 alle Parteien in so erhebender Weise verband, nicht den Krieg überdauert.

Auch innerhalb des Offizierkorps ist in dieser Beziehung sehr viel gesündigt worden. Rang- und Standesvorrechte wurden mehr als nötig betont, mit dem Wort „Durchhalten" wurde großer Mißbrauch getrieben besonders von Kreisen, die nichts auszustehen hatten.

Voraussichtlich wird unser jetziges Offizierkorps den Grundstock bilden zum Offizierkorps des Volksheeres, ohne das wir auch in Zukunft nicht auskommen werden. Dann müssen wir Offiziere trachten, den Weg zu einer wahren Kameradschaft mit unseren Untergebenen zu finden, und dazu müren wir uns dem Denken und Fühlen des einfachen Mannes beträchtlich nähern. Nur wenn wir aus innerster Ueberzeugung Demokraten werden, erreichen wir das, sonst bleibt es bei schönen Worten.

Uns Offizieren, die wir uns der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen haben, tönen aus deutschnationalen Kreisen die bekannten Zurufe zu: „Berliner Tageblatt", „Mangel an Nationalgefühl". — Das rührt uns wenig. Das „Berliner Tageblatt" ist nicht jedermanns Sache, jeden Zweifel an unserem Nationalgefühl verbitten wir uns. Wir glauben nicht, daß die Intoleranz der Deutschnationalen gegenüber Andersdenkenden, die stellenweise sehr schroff auftritt, dem immerdeutschen Frieden dienlich ist, den wir jetzt so nötig brauchen. Wenn unser deutsches Vaterland aus seiner tiefsten Not zu neuem Glanz empor geführt werden soll, brauchen wir im Innern den Geist der Versöhnlichkeit, den guten Willen, auch die andere Meinung zu verstehen. Und vor allen Dingen dürfen wir Offiziere die Fühlung nach unten nicht verlieren! Eine schon jetzt eintretende, entschiedende Demokratisierung des Offizierkorps würde zweifellos viel dazu beitragen, das Reich nach innen und außen zu stärken.

— **Das Ende der Z.-E.-G.** Am 1. Januar 1919 sind alle die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande bearbeitenden Warenabteilungen der Z. E.-G. von den Geschäftsabteilungen der für die inländische Bewirtschaftung zuständigen Reichsstellen übernommen worden, die also nunmehr alle die Lebensmitteleinfuhr betreffenden Fragen zu bearbeiten haben. Damit hat die aktive Tätigkeit der Z. E.-G. aufgehört, und ihrer Zentralverwaltung verbleibt nur noch die Aufgabe, die Abwickelung der noch schwebenden Verbindlichkeiten herbeizuführen. Gegenüber den in letzter Zeit wieder lautgewordenen Angriffen gegen die Z. E.-G. ist zu bemerken, daß eine gerechte Beurteilung ihrer Tätigkeit erst dann möglich sein wird, wenn der Zeitpunkt herannaht, zu welchem über die ihre Geschäftsführung rechtfertigenden Maßnahmen völlige Klarheit herbeigeführt werden kann. Ein kurzer Bericht über die Gesamttätigkeit der Z. E.-G. befindet sich in Vorbereitung, der nach Fertigstellung zur Veröffentlichung gelangen wird.

— **Zur Gründung eines deutschen Volksrats,** dessen Ziel es sein soll, in dieser schweren Zeit die Interessen des bedrohten Volkstums in unserer Ostmark wahrzunehmen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und das in Thorn bisherige friedliche Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung auch weiterhin zu sichern, versammelten sich gestern abend ½8 Uhr zahlreiche Herren und Damen im großen Saale des Artushofes. Die Versammlung wurde durch Herrn Chefredakteur Wartmann geleitet, dem als Beisitzer die Herren Kaufmann Paul Meyer, Sanitätsrat Dr. Wolpe und Fabrikbesitzer Adolf Krause zur Seite standen. Nachdem Herr Wartmann in ausführlicher Weise die Ziele des zu bildenden Volksrates klargelegt hatte, wobei er besonders das friedliche Verhältnis zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung hervorhob, wurden aus der Versammlung Beschwerden gegen den Soldatenrat vorgebracht. Herr Kalkulator Schulze versuchte zu vermitteln und mahnte wiederholt zur Besonnenheit und Ruhe. Schließlich wurden die Auseinandersetzungen im Einverständnis der deran Beteiligten durch den Vorsitzenden im Interesse des weiteren Verlaufs der Sitzung abgebrochen. Darauf schritt die Versammlung zur Wahl des Volksrats, der sich aus 90 Herren und 12 Damen zusammensetzt. Dann wurde diese Versammlung geschlossen und sofort eine Sitzung des neugewählten Volksrats einberufen, aus dessen Mitte man den aus 14 Herren und einer Dame bestehenden Vorstand wählte. Der Vorstand wird heute zusammentreten, um den Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer zu ernennen. Gegen 10 Uhr wurde auch diese Versammlung geschlossen.

— **In der nichtöffentlichen Sitzung** der Stadtverordnetenversammlung wurden am Mittwoch zur Deckung außergewöhnlicher Unkosten beim Umzug des Gesanglehrers Mühlberg von Konitz nach Thorn 150 Mark bewilligt. Der Polizeisergeant Alex Loewcke wurde vom 1. Januar 1919 an endgiltig angestellt. Desgleichen wurden Polizeisergeant Wallschmidt, Assistent Walter Bode, Assistent Oswald Füttner, Assistent Wilhelm Ehmke, Assistent Hugo Eich, Assistent Willibald Grams und Assistent Max Stein vom 1. Januar 1919 an auf Lebenszeit angestellt.

— **Ueber eine Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats** am 14. Januar wird uns von beteiligter Seite berichtet: Sofort nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Raube, wurde, da sich eine größere Zahl Zuhörer eingefunden hatte, der Antrag gestellt, Zuhörer bei völliger Rede- und Stimm-Enthaltung, die durch Trennung der Plätze zu sichern sei, zuzulassen. Dieser Antrag wurde angenommen und man ging zur Tagesordnung über. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht des Vollzugsausschusses, referierte Herr Böhme in Form einer kurzen Uebersicht der einschneidendsten Beschlüsse des Vollzugsausschusses seit der letzten Vollsitzung. Daran anschließend sprach Herr Raube über die jetzige Lage (Punkt 2), wobei er ausführte, daß drei Gefahren für den Arbeiter- und Soldatenrat zu bekämpfen seien, der Terror von links, die Reaktion von rechts und die Polengefahr. Die letzte Zeit habe zwar bewiesen, daß diese Gefahren bei weitem nicht so gefährlich seien, aber dennoch müsse man, da sie Lebensfragen für den Arbeiter- und Soldatenrat bedeuten, auf der Hut sein. Und dies vor allem bei der Reaktion, denn ein Terror von links, könne bei der guten Bürgerschaft Thorns unmöglich erheblich sein, und gegen Gesindel und Banden einzuschreiten, habe z. Zt. noch kein Grund vorgelegen. Aber trotzdem, immer die Augen offen halten! Um der Polengefahr zu begegnen, gebe es zwei Wege, militärische Maßnahmen und Diplomatie. Aber was hätte das erstere allein für Zweck, siegten die Deutschen, wäre ewiger Bruderkrieg, da die Polen von ihrem Willen nicht abzubringen wären, und bei einem Siege der Polen, wäre das Resultat das Gleiche. Und das heiße nach viereinhalbjährigem Morden einen Bruderkrieg entfesseln, der eine gerechte Stimmabgabe für die Entscheidung über das Land bei der Friedenskonferenz unmöglich mache. So bleibe nur der Verhandlungsweg übrig, und das verlange auch zur gleichen Zeit der sozialistische Standpunkt. Er betone nochmals, daß die Stimmabgabe der Deutschen zu sichern, die Hauptsache sei und kein Bruderkrieg. Würde in Thorn vielleicht die deutsche Gewalt durch die polnische ersetzt, was hätte dies für einen Einfluß auf die Friedenskonferenz, da ja beide Gewalten bis dahin nur Provisorien seien. Aber unbeschadet dieser Gründe hätten wir Deutschen das Recht, ja die Pflicht bei einem aggressiven Angriff der Polen uns zu verteidigen, und das bis zum letzten Mann. — Mit der Arbeitslosen-Fürsorge habe der Vollzugsausschuß Herrn Urbanski betraut, denn bis jetzt habe der Magistrat durch sein Verhalten nur der großen Gefahr, die die Arbeitslosigkeit in sich berge, Vorschub geleistet. „Wir wollen uns" schloß der Redner nach weiteren kurzen Ausführungen, „nicht zu Putschen hinreißen lassen, sondern als einfache Leute unsere Ruhe bewahren und uns mit den Gefahren, wenn möglich, auf dem Verhandlungswege auseinander setzen." Diese Ausführungen des Herrn Raube wurden mit dem größten Beifall sämtlicher Anwesenden aufgenommen. Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Raube ging der Antrag des Herrn Urbanski durch, Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, die sich in der Oeffentlichkeit gegen den Arbeiter- und Soldatenrat betätigen, vom A.- und S.-Rat auszuschließen. Die weitere Sitzung verlief ungemein stürmisch, so daß man erst nach zweistündiger Debatte zu einem Resultat zu Punkt 3, Erweiterung des Arbeiterrats, gelangte. Man nahm den Antrag des Herrn Raube mit den Erweiterungen, die Herr Schulz beantragte, an. Danach wurde der Arbeiterrat um 34 Stimmen erweitert und zwar wählte man 24 Arbeiter, 5 Bürger und 5 Beamte. So umfaßt jetzt das Plenum des A.- und S.-Rates 150 Stück. Beim Punkt 4 der Tagesordnung, Verschiedenes, wurde eine Kommission zur Prüfung der Notwendigkeit der Sonntagsruhe, bestehend aus den Herren Wohlfeil, Becker, Gottwald, Lenartowicz und Nowicki gewählt und außerdem beschlossen, an den Wahltagen, den 19. und 26. Januar, keinerlei öffentliche Tanzvergnügungen zu gestatten. 10.20 Uhr wurde die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen unter der Bekanntgabe, daß die nächste Vollsitzung am 20. Januar stattfinde.

— **Im Bunde aktiver Militäranwärter und Kapitulanten** wurden gestern im Tivoli Aufklärungsvorträge zu den Wahlen gehalten. Dazu waren Redner der verschiedenen Parteien geladen. Von Seiten der Deutschen demokratischen Partei sprach Herr Rechtsanwalt Stenzel, der den Wahlvorgang beschrieb und in möglichst sachlicher Weise die Ziele der politischen Parteien kennzeichnete. Herr Dr. Meisel sprach dann noch über die Deutsche demokratische Partei. Als Vertreter der Sozialdemokratie sprach Herr Böhme vom Soldatenrat.

— **Am Gymnasium** fällt infolge einer Ministerialverfügung der Unterricht am 18. und am 25 Januar mit Rücksicht auf die am folgenden Tage stattfindenden Wahlen aus.

— **Das Mieteinigungsamt** teilt Folgendes mit: In vielen Fällen haben die Hausbesitzer die Wohnungen gekündigt oder die Mieten erhöht, ohne die erforderliche vorherige Zustimmung des Mieteinigungsamtes nachzusuchen. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam,

daß zu jeder Kündigung oder Erhöhung die Genehmigung erforderlich ist. Jede Uebertretung wird zur Bestrafung gelangen.

— **Wahlzettel nicht zusammenfalten!** Es dürfte noch nicht allgemein bekannt sein, daß die Wahlzettel am Wahltag ungekniffen abgegeben werden müssen. Gekniffene Wahlzettel sind ungültig. Sie müssen glatt, also nicht gefaltet, in den Umschlag gesteckt werden.

— **Das Diakonissen-Mutterhaus zu Danzig** bittet wiederum um milde Gaben. Die Anforderungen, die an die Kräfte des Mutterhauses herantreten, mehren sich von Jahr zu Jahr, seine Schwestern arbeiten schon in über 200 auswärtigen Arbeitsfeldern. Daher ist es ganz besonders auch auf die Liebesgaben aus allen Kreisen und Ständen der Provinz angewiesen und bedarf ihrer dringend. Je größer der Ertrag der Sammlung ist, desto besser wird das Diakonissenhaus auch alle ihm gestellten Aufgaben lösen können. Die Schwestern arbeiten auf fast allen Gebieten der christlichen Liebestätigkeit, in Kranken-, Siechen-, Waisen- und Rettungshäusern, Krüppelheimen, Sonntags-, Kleinkinder- und Handarbeitsschulen, Gemeinde- und Privatpflegen, Jungfrauenvereinen usw.

— **Eine deutsche Feldwache bei Ottlotschin von polnischen Truppen überfallen.** Am 15. Januar nachts wurde eine deutsche Feldwache bei Ottlotschin von polnischen regulären Truppen überfallen. Ein zweiter Ueberfall, ebenfalls von regulären Truppen, wurde am Abend des 16. Januar versucht, ist aber abgewiesen. — Man ersieht daraus, daß unser kürzlicher Hinweis auf die Lage rechts der Weichsel, im Drewenzwinkel, nicht auf Schwarzseherei beruhte, wenn sich rechts der Weichsel solche Vorfälle ereignen.

— **Würdelose Frauen.** Zuverlässige Nachrichten aus dem besetzten Gebiet berichten, daß sich die deutschen Frauen und Mädchen in Mainz und Köln, besonders aber in Aachen der feindlichen Besatzung gegenüber zum Teil recht würdelos benehmen. Diese Frauen, die vergessen haben, daß ihre Männer und Brüder noch bis vor kurzem mit den feindlichen Besatzungstruppen in blutigem Kampfe standen, sind sich anscheinend nicht bewußt, wie sehr sie durch ihr Betragen nicht nur sich selbst, sondern auch das ganze deutsche Volk dem Spott und Hohn der Mitwelt aussetzen. Es ist daher wohl angebracht, diese entwürdigende Haltung einzelner deutscher Frauen vor aller Oeffentlichkeit zu brandmarken und die deutschen Frauenvereine aller politischen Parteien auf diese Schmach aufmerksam zu machen, damit sie diesem Treiben Einhalt tun.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Sonnabend, den 18. Januar 1919: Milde, zeitweise Niederschläge.

Schönwalde. Die deutsche demokratische Partei hielt gestern ein zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Redner, Herr Blickensdorff, Thorn-Mocker, begründete in einer langen Rede die Ziele und Forderungen der deutschen demokratischen Partei und erntete großen Beifall. Auch ein Vertreter der Sozialdemokraten meldete sich zum Wort, um sein Programm zu entwikeln. Nach beendeter Versammlung belästigten ein bolschewistisch gesinnter Soldat und eine Frau den Ortslehrer und einen Beamten in unliebsamer Weise. Nur der Ruhe des Lehrers und des Beamten und den sachlichen Auseinandersetzungen der Herren Blickensdorff und Diemke ist zu verdanken, daß es zu Tätlichkeiten nicht gekommen ist.

Elbing. Eine Demonstration der Arbeiterschaft gegen die Bildung einer bewaffneten Bürgerwehr fand hier am Sonntag vor dem Rathause statt. Einige Leute — man nennt einflußreiche Personen — wollten solche Wehr gegen die Polengefahr und gegen Gewaltakte am Wahltage ins Leben rufen, ohne sich mit dem A.- und S.-Rat, der aus gemäßigten Sozialdemokraten besteht, in Verbindung gesetzt zu haben. Dieser erhielt Kenntnis davon und bezeichnete die Sache als gegenrevolutionär.

Zoppot. Von einem schrecklichen Unglücksfall ist Frau Leutnant S. betroffen worden Ihr einziges 7jähriges Söhnchen wurde auf dem Güterbahnhof von einem einfahrenden Vorortzuge überfahren und sofort getötet.

Danzig. Großer Einbruchdiebstahl. Eine Einbrecherbande stattete in der Nacht zum Sonntag um $2^1/_2$ Uhr dem Besitzer Claaßen in Waldorf einen Besuch ab. Die Bande, die aus vier Personen, zwei in Matrosenuniform und zwei in Feldgrau, bestand, brach in das Erdgeschoß im Wohngebäude ein und stahl dort drei Zentner Schweinefleisch von zwei geschlachteten Schweinen, eine Flinte, verschiedene Kleidungsstücke, 15 Flaschen Sekt, einige Flaschen anderen Wein, Schmalz, eingemachte Früchte und Konservenfleisch. Zwei Täter konnten bereits verhaftet werden, und zwar der Seefahrer Fritz Sakowski und der Arbeiter Gustav Wygandt. Den anderen Tätern ist man auf der Spur

Insterburg. Zu einer Schießerei ist es hier bei einer Tanzfestlichkeit gekommen. In dem Schanklokal „Grüne Katze" in der Schloßstraße hielten Militärpersonen ein Tanzkränzchen ab. Hierzu fanden sich, wie das „Ostpr. Tageblatt" berichtet, auch Truppen von Magdeburg ein die hier untergebracht sind und zum Grenzschutz Verwendung finden sollen. An diese wurde von hiesigen Soldaten das Verlangen gestellt, die Kokarden von den Mützen zu entfernen. Als sich die Magdeburger hierzu nicht bereit erklärten, kam es bald zu einer Messerstecherei, auch spielte der Revolver mit. Die Magdeburger rückten darauf mit Maschinengewehren an und bestrichen damit das Haus. Die Militärpersonen flüchteten nach der Schloßteichpromenade zu. Ein als Aushilfskellner beschäftigter Soldat wurde getötet, mehrere Personen verletzt. Dem Wirt wurden 150 Mark gestohlen. Das Haus hat über 200 Treffer erhalten. Auch die Einrichtung ist stark beschädigt.

Frauenburg. Zum Domkapitular an der hiesigen Kathedralkirche wurde der Pfarrer Jablowski in Groß-Purden ernannt.

Königsberg. Die Schließung der Königsberger Albertus-Universität für das laufende Wintersemester und auf unbestimmte Zeit wurde in einer von sämtlichen Dozenten und der gesamten Studentenschaft Königsbergs besuchten allgemeinen Studentenversammlung beschlossen. Der derzeitige Rektor Professor Dr. Bezzenberger forderte zur Beteiligung an dem Grenzschutz für Ostpreußen auf, und so wird eine besondere Kompagnie gebildet werden, die dem 3. Grenadier-Regiment angegliedert werden soll. Gleichzeitig wurde ein an die sämtlichen Universitäten in Deutschland gerichteter Aufruf von Prof. Dr. Baesecke zur Verlesung gebracht, der zum Eintritt in den Heimatschutz, dessen Leitung Generalfeldmarschall Hindenburg übernommen hat, sämtliche Kommilitionen der deutschen Hochschulen auffordert.

Königsberg. Hindenburg in Königsberg. Wie der Königsberger „Hart. Ztg." mitgeteilt wird, ist Generblfeldmarschall von Hindenburg, der bekanntlich den Oberbefehl über den gesamten Grenzschutz übernehmen soll, in Königsberg eingetroffen und hat dort Wohnung genommen.

Königsberg. Die bolschewistische Gefahr. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Während bis vor kurzem die Gefahr des Vordringens der Bolschewikitruppen gegen Ostpreußen unterschätzt wurde, werden neuerdings aus durchsichtigen Gründen von russischer Seite übertriebene Gerüchte über angebliche Millionenheere verbreitet, die gegen unsere Grenzen marschieren sollen. Davon ist keine Rede. Die Linie Riga-Dünaburg-Wilna ist von höchstens 50000 Mann bolschewistische Truppen überschritten worden. Eine wesentliche Verstärkung dieser Truppen ist vorerst unmöglich, solange die Sowjetregierung an den verschiedenen Fronten um ihr Bestehen kämpfen muß. Trotzdem besteht für Westpreußen die schwerste Gefahr völliger Ueberflutung und Vernichtung wenn nicht alle waffenfähigen Männer Ostpreußens dem Rufe zum Eintritt in die freiwillige Volkswehr schleunigst folgen.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt.

Auf diese Weise sucht heute ein sogenannter Nationaler sich durch den Wahlkampf durchzuschlagen. Ob in Versammlungen oder durch das ihm zu Diensten stehende Organ „Die Presse" überall ein heftiges, mit leeren Worten begleitetes Gestikulieren. Wählerin, Wähler, laß Dir Deine jetzt sehr empfindlichen nationalen Gefühle nicht durch die Raffiniertheit eines angeblichen „nationalen Gedankens" einfangen. Denke an die Wirklichkeit und da hast Du die Wahrheit. Siehe, es ist noch nicht so lange her, als die jetzt illuminierten Nationalen, damals mit demselben blendenden Schilde der „Vaterlandspartei" in der blutüberströmten Arena herausfordernd auftraten und unter Annexionsgeschrei und Siegesgewißheit unsere Feinde aufreizten, um unseren wahren Volksfreunden, der „Mehrheitspartei", die Friedensanbahnungen unmöglich zu machen. Es war eine kränkende Herausforderung für jedes deutsche Gefühl, von deutschen Männern beschützt hinter der Front eine alleinrettende Vaterlandspartei zu gründen und in der Welt herumzutelegraphieren, daß sie bis zum letzten Mann für Thron und Reich eintritt. Wo ist sie geblieben, diese tapfere Vaterlandspartei, als das Vaterland in Ohnmacht ächzte? War es denn da nicht ihre Pflicht, auf dem Plan zu erscheinen, um das Vaterland zu retten? Nein verschwunden ist sie — aber nur, um ihr Gewand schnell zu wechseln. Jetzt steht sie wieder da in dem weißen Kleide der Deutschnationalen Volkspartei. Hier wieder dasselbe Geschrei wie damals in der Vaterlandspartei, leere Worte, hohler Klang. Das Wort „Volkspartei", von dieser Seite kommend, soll jeden Wähler zum Denken veranlassen. Dem Volk, dem Mittelstand, der durch den unglückseligen Krieg am Abgrund des Unterganges steht, kann Hilfe nur durch eine wahre Volkspartei, die Deutschdemokratische, die auch wirkliche Fühlung mit dem Volke hat, gebracht werden. Darum Wählerin, Wähler entscheide Dich für die Deutsch-demokratische Volkspartei, die nicht mit einem blendenden Namen die Gefühle fängt, sondern dem Volk für den nationalen Gedanken mit dem Herzen bürgt. F.

Zu dem Eingesandt in der Presse Nr. 13.

Herrn S. scheint noch nicht bekannt zu sein, daß sich seine Partei, die Deutschnationale, als eine Ehre anrechnet, frühere Elemente des Freisinns, jetzt in ihrer Reihe zu wissen und dies die Redner dieser Partei in den Versammlungen immerzu freudig betonen. Dann scheint es Herrn S. auch nicht bekannt zu sein, daß der ganze linke Flügel der nationalliberalen Partei, zu dem auch wir gehörten, jetzt ebenfalls die Deutschdemokratische Partei mit bildet. Herr Wentzki hat also den deutschen Landwirten und dem Mittelstande nichts zu verbergen. Der Wähler wird sich schon selbst ein Urteil bilden können, welche Partei für ihn das wirklich warme Herz hat.

Frau Besitzerin L. möchten wir zurufen, daß nicht alle, die das Wort „Herr, Herr" immerzu im Munde führen, auch im Himmelreich sitzen werden. Der Zöllner fand Gnade bei dem Herrn, doch nicht der Pharisäer.

Mehrere Wähler der D. D. P.

Aus aller Welt.

Kampf um ein Juwelengeschäft in Berlin.

In der fünften Morgenstunde ist es Sonntag, wie der „B. L.-A." berichtet, in der Großen Frankfurter Straße 19 zu einem fast unglaublichen Kampf um das Juwelengeschäft von Philipp Freundlich gekommen. Eine Bande von etwa fünfzig Soldaten und Zivilisten erstürmten, mit Maschinengewehren und Flammenwerfern ausgerüstet, das Geschäft und raubten für dreihunderttausend Mark Goldwaren und zehntausend Mark bares Geld. Die Räuberbande wurde dann von anrückenden Regierungstruppen in die Flucht geschlagen. Am Kampfplatze blieben drei Tote und mehrere Verwundete zurück.

Wiedereröffnung der Fahrten von Hamburg nach Helgoland.

Nach viereinhalbjähriger Pause begann, der „Tägl. Rundsch." zufolge, am 9. Januar wieder die Fahrt von Hamburg nach Helgoland, als erste der Hamburger Seefahrten, freudig von der Bevölkerung begrüßt. Zunächst ist eine zweimal wöchentliche Verbindung mit Helgoland und dreimal wöchentlich mit Cuxhaven geplant, und zwar für Reisende und Fracht. Die Wiedereröffnung der Fahrten ist durch Genehmigung der alliierten Waffenstillstandskommission ermöglicht worden; sie wird für Helgoland zur Verproviantierung der Inselbewohner eine große Bedeutung haben.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 19. Januar 1919.

Evangel. Kirchengemeinde Rentschkau. Wegen der Nationalwahl vorm. von 8—$8^1/_2$ Uhr kurze Andacht in Rentschkau. Herr Pfarrverwalter Dehmlow.

Neueste Nachrichten.

Das Organ der Unabhängigen ruft zum Massenstreik auf.

Berlin, 17. Januar. (Dr.) Die „Freiheit" fordert in einem an die Gesamtarbeiterschaft gerichteten Aufruf aus Anlaß des „Meuchelmordes" an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Proteststreik auf.

Am 14. Januar verschied unsere liebe Schwester, Großmutter und Tante,

Frau Witwe

Mathilde Voigt,

geb. Minkolai,

im 59. Lebensjahre.

Thorn, den 17. Januar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 19 d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der altstädtischen Leichenhalle aus statt.



Gestern vormittags 9 Uhr entschlief sanft und ganz unerwartet, mit dem hl. Abendmahl versehen, meine einzig-geliebte Frau, unsere gute Tochter, Schwester, Richte u Tante

Margarethe Hoffleit,

geb. Chust,

im blühenden Alter von 29 Jahren.

Im tiefsten Schmerz:

Der trauernde Gatte
nebst Eltern u. Geschwistern.

Thorn, den 16. Januar 1919.

Die Beerdigung findet am Montag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Bergstr. 55, aus statt.

Gestern starb unser jüngstes Söhnchen, unser liebes Brüderchen

Heinz

im Alter von 9 Monaten.

Dieses zeigen an

Thorn, den 17. Januar 1919

Polizeikommissar Schlicht und Frau.

Beerdigung Sonnabend nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus.

Heute nachmittag 4 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit im Alter von 9 Jahren unser inniggeliebter einziger Sohn und Bruder

Richard.

Thorn, den 16. Januar 1919.

In tiefer Trauer:

Richard Krüger,
Frau Agnes, geb. Richter,
Hildegard,
Erika,
Elfriede

Die Beerdigung findet Montag, den 20. Januar, 11 Uhr vormittags, vom Trauerhause aus auf dem altstädt. Friedhof statt.

Mit Rücksicht auf die örtliche Sicherheit am Wahltage

wird im eigensten Interesse der Bürgerschaft **dringend** gebeten, den geschlossen zur Wahl herangeführten Militärpersonen bei Abgabe der Stimmzettel den Vortritt zu lassen.

Soldatenrat. Goldack. — v. Groddeck. Generalmajor und Gouverneur.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte.

Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hunger leiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Infolge der durch die Waffenstillstandsbedingungen geschaffenen wirtschaftlichen Lage werden sich der Durchführung der für die Ueberführung der weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft aufgestellten Richtlinien große Schwierigkeiten entgegenstellen. Für dringend geboten hält der Staatskommissar für die Demobilmachung aber die Befolgung nachstehender Hauptgesichtspunkte:

I. Plötzliche Entlassung größerer Mengen von weiblichen Arbeitskräften sind zu vermeiden durch
a. Streckung der Arbeit,
b. gruppenweise Entlassung.

Die gruppenweise Entlassung hat, wenn angängig, in folgender Reihenfolge zu geschehen:
1. Nicht auf Erwerb angewiesene Frauen (z. B. solche, deren Ernährer ausreichend verdienen),
2. Frauen, die in anderen Berufen (Landwirtschaft, Hauswirtschaft, Schneiderei) früher tätig gewesen sind und dort Arbeit finden können,
3. ortsfremde, ledige Frauen, die in der Heimat Unterkunft und Ernährung finden.

II. Bevorstehende Entlassungen sind frühzeitig, tunlichst 14 Tage vorher den weiblichen Arbeitskräften anzukündigen. **Gleichzeitig sind diese bevorstehenden Entlassungen, sowie jeder Bedarf an weiblichen Arbeitskräften den Arbeitsnachweisen anzuzeigen.** Die Arbeitsnachweise müssen den Arbeitgebern und Arbeiterinnen durch nachdrückliche Aufklärung bekannt gemacht werden.

III. Die Fürsorge für entlassene, namentlich für ortsfremde und reisende Arbeiterinnen muß sich besonders auf die Unterkunft und Schutz vor sittlichen Gefahren erstrecken.

Thorn, den 15. Januar 1919.

Demobilmachungsausschuß.
Arbeiter- und Soldatenrat.
A. Urbanski.

P. P.

Ew. Hochwohlgeboren die ergebene Mitteilung, dass ich meinen

Betrieb wieder eröffnet

habe. Es wird mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft, wie auch vor dem Kriege in jeder Weise zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll

Otto Zakszewski
Malermeister.

Achtung! Achtung!

Sozialdemokraten auf dem Lande!

Versorgt Euch mit Stimmzetteln der sozialdemokratischen Partei

zur Wahl für die Nationalversammlung am Sonntag, d. 19. Januar

Erster Name auf dem Stimmzettel

Gehl Julius Parteisekretär Danzig.

Stimmzettel zu haben beim Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei in Thorn **Sokolowski, Neustädtischer Markt 21, Gouverneursgebäude**

Reisende

welche Nahrungsmittelgeschäfte besuchen, zur Mitnahme eines erstklassigen Markenartikels suchen
Reinecke & Co.,
Charlottenburg 73, Lützowerstraße 10.

Zwei anständige junge Leute

die das **Maler- und Anstreichergeschäft** gründlich erlernen wollen, können eintreten bei
Otto Zakszewski
Malermeister,
Schuhmacherstraße 12.

Tischlerlehrlinge

gegen Kostgeld können sofort eintreten. **Mondry,** Tischlermeister, Gerechtestraße 29.

Laufmädchen oder Laufbursche

kann sich melden bei
Lissack & Wolff, Brückenstr. 16.

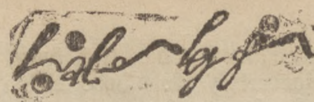
Laufmädchen

von sofort gesucht.
Gustav Ackermann,
Mellienstraße 5.

Aufwartung

für einige Stunden des Tages gesucht
Mellienstraße 117, ptr. links.

Flotte Maschinenschreiberin
2 Jahre bei einer hiesigen Behörde tätig gewesen, sucht ab 1. 2. 19 **Stellung.** Gefl. Angebote unter **Nr. 210** an die Gesch. d. Ztg.



Bunter Abend

des

Stenographen-Vereins Stolze-Schrey

Sonnabend, d. 18. Januar 1919, abends 7 Uhr

im Saale des „Tivoli"

zu Gunsten der Kriegsblinden-Fürsorge

Eintrittskarten zum Preise von 1,— Mk. im Vorverkauf bei Walter Lambeck und an der Abendkasse erhältlich. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr

---

Deutsch-nationale Volkspartei

(weibl. Jugendgruppe)

Sonnabend 1/2 7 Uhr

Reigenübung

anschließend daran um 7 Uhr **Turnen.**

Das Erscheinen aller, die in die Turnriege eintreten wollen, dringend notwendig.

Der Vorstand.

Restaurant Nicolai.

Sonnabend, den 18. Januar, von 7 Uhr ab

Familienkränzchen.

Bürgergarten.

Sonnabend, den 18. Januar:

groß. Kappen- u. Kostümfest

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Conditorei u. Café Zarucha

Parkstrasse 4.

Jeden Sonnabend, Sonntag und Mittwoch:

Grosses Künstler-Konzert.

Anfang 6 Uhr.

Saubere Portierstelle
gegen Entgeld und freie Wohnung zu vergeben Kriegerwitwe oder Kriegsbeschädigter bevorzugt.
Otto Zakszewski, Schuhmacherst. 12.

Zu vermieten per 1. April 1919 Mellienstraße 28

6 Zimmer-Wohnung
hochherrschaftl. Warmwasserheizung reichlich Zubehör **Friedrich Hecktor,** Breitestraße 32, 1 Telefon 625

Kl. Hofwohnung
an einzelne Frau, die Aufw. übernimmt, zu vermieten Lindenstr. 45a.

Ein kleiner, heller

Laden.

Elisabeth und Strobandstr. - Ecke 12/14 Eingang Strobandstr., mit 2 Schaufenstern und darunterliegendem Keller, Gas, Elektrisch, Wasser und Zentralheizung versehen. Auf Wunsch auch ein kleines Zimmer mit Balkon in 4. Etage ist per sofort oder auch später zu vermieten

Gustav Heyer,
Breitestraße 6. Fernruf 517.

Lagerschuppen
am Hauptbahnhof zu vermieten.
C. B. Dietrich & Sohn G. m. b. H.
Thorn, Breitestrasse 35.

---

1 bis 2 unmöblierte Zimmer
werden von alleinstehender Dame im Zentrum der Stadt per sofort oder 1. Februar evt. 1. April gesucht.
Gefl. Angebote mit Preisangabe erbitte unter J. T 208 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

---

Einfach möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension von junger Dame sofort oder 1. 2. gesucht. Angebote unter **M. G. 211** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Stadt-Theater

Sonnabend, 18. Jan. nachm. 3 Uhr
Erm. Preise! Märchenvorstellung
„Hänsel und Gretel".
Abends 7 1/2 Uhr! Ermäßigte Preise!
Zum letzten Male!
„Der Lebensschüler".
Sonntag, 19. Januar, nachm. 3 Uhr
Ermäßigte Preise!
„Mein Leopold."
Abends 7 1/4 Uhr: Zum 8. Male
„Fürstenliebe".

Wer glücklich
heiraten will, verlange sofort vertrauensvoll Prospekt. Keine gewerbliche Vermittlung, kein Vorschuß, grundreell, streng verschwiegen (Zusendung unauffällig). Rückporto.
Fr. J. Ehling,
Nowawes bei Potsdam
Schließfach 8

In der Nacht vom 16. zum 17. sind in Katharinenflur durch Leute in Uniform

2 Pferde gestohlen

worden. Ein Fuchswallach, Blesse, breit und sehr kräftig, kaltblut, 8. Jahre, große Blesse, weiße Füße. Ein Roßwallach, leicht und älteres Pferd.

Für Wiederbringung hohe Belohnung. Meldungen erbeten an

Kasimir Walter
Thorn-Mocker, Geretstraße 49.

Hohe Belohnung!
Schwarze kleine Brieftasche
Schul- oder Brombergerstr. verloren. Inhalt: Ausweispapiere usw. Abzugeben Neustädtischer Markt 8

Thorner Zeitung

Nr. 15. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Sonnabend, 18. Januar 1919**

Danzigs Deutschtum.

Von einem polnischen Agitationsbüro, das seinen Sitz in der Schweiz hat, wird augenblicklich die Behauptung verbreitet, daß eine Anzahl von Danziger Kaufleuten aus wirtschaftlichen Rücksichen sich entschlossen hätten, mit aller Macht für eine Einverleibung Danzigs durch Polen zu arbeiten. Für uns ist diese Lüge zu offensichtlich, als daß sie auch nur von einem einzigen Deutschen geglaubt werden könnte. Im Gegenteil; gerade in den letzten Tagen und Wochen hat die Danziger Bürgerschaft in überwältigenden Kundgebungen immer wieder ihr Deutschtum betont und ihren festen Willen erklärt, niemals, komme, was da wolle, diesem ihrem Deutschtum untreu zu werden. Ueberdies ist Danzig eine durchaus deutsche Stadt, deren Einwohnerschaft zu höchstens 2 Prozent mit Polen durchsetzt ist. Uns aber lehrt die Geschichte besser als alle anderen, von uns feindlicher Seite verbreiteten tendenziösen Wahrheitsumbiegungen, daß Danzig, die Stadt, die soviel um ihres Deutschtums willens gelitten und geopfert hat, tatsächlich seit langen Jahrhunderten so urdeutschen Sinnes gewesen ist, wie kaum eine zweite Stadt im Osten unseres Vaterlandes.

Bereits im Jahre 1309 erhielt der deutsche Orden, in Verbindung mit polnischen Streitigkeiten, die Stadt Danzig als Eigentum. Im Vertrage von Kalisch vom Jahre 1343 hat sie der Polenkönig Kasimir III. förmlich an den Hochmeister Ludolf abgetreten. Um diese Zeit nahm Danzig ganz außerordentlich an Wohlstand zu und entwickelte sich in der Folgezeit als ein sehr wichtiges Mitglied der deutschen Hansa. Die Macht der Stadt wuchs derart, daß sie in den folgenden Jahrhunderten sogar als selbständige kriegführende Macht in den Streit der damaligen Großmächte eingreifen konnte. Im 15. Jahrhundert wählte Danzig zwar den Polenkönig zum Schutzherrn. Aber trotz dieser Tatsache und trotz des inneren Zwistes, der immer wieder die Mächtigen der Stadt untereinander veruneinigte, hat sich Danzigs Bürgerschaft stets ihren deutschen Sinn bewahrt. An Preußen kam es im Jahre 1793, bei der zweiten Teilung Polens. In der Folgezeit besonders hat dann die Stadt ihre Anhänglichkeit an das Deutschtum unter mancherlei Opfern beweisen müssen. So wurde im Jahre 1806, vor der Kriegserklärung an Frankreich, der Hafen von Danzig durch die Schweden blockiert und im März des Jahres 1807 durch die Franzosen, die unter dem Oberbefehl des Marschalls Lefebvre standen, angegriffen. Die Stadt mußte sich, nachdem sie sich zwei Monate hindurch unter der Führung des Gouverneurs Kalckreuth tapfer verteidigt hatte, am 24. Mai ergeben, weil sowohl die Lebensmittel als die Munition ausgegangen waren. Lefebvre, der den Titel eines Herzogs von Danzig erhielt, legte den Einwohner eine Kriegssteuer von 20 Millionen Franken auf. Nach wiederum zwei Monaten, im Tilsiter Frieden, erkannte man Danzig als Freistaat mit einem Gebiet von zwei deutschen Meilen im Umkreis an; es stand unter dem Schutze Preußens, Sachsens u. Frankreichs. Ein französischer Gouverneur erhielt seinen ständigen Sitz in der Stadt, die durch die Kontinentalsperre eine große Einbuße an Handelsbeziehungen erlitt. Im Jahre 1812, bei dem Rückzug der französischen Armee aus Rußland, wurde die Stadt von französischen und polnischen Truppen des 10. französischen Armeekorps unter dem Befehl des Generals Rapp, schwer heimgesucht. Erst im folgenden Jahre gelang es den vereinigten Russen und Preußen nach elfmonatiger Belagerung, die Stadt zurückzuerobern. Am 5. Februar 1814 kehrte Danzig dann endgültig unter die Oberherrschaft Preußens zurück, der es, zumal im Verlaufe der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, einen neuen großartigen Aufschwung zu verdanken hat.

Spartakus in der deutschen Dichtung.

Der thrakische Fechter Spartacus, der jetzt eine so zweifelhafte neue Berühmtheit erlangt hat, ist einer der zweideutigsten Gestalten der antiken Geschichte. Mommsen hat ihn „einen großen Räuberhauptmann" genannt und damit die Stellung des energischen und kraftvollen Mannes gut gekennzeichnet, dessen vielleicht edlere Absichten durch die zügellose Unordnung seiner Horden zunichte gemacht wurden. Diese zwiespältige Stellung des „Sklavenbefreiers" drückt sich auch in seinem Fortleben in der deutschen Literatur aus. Seine Gestalt hat das Interesse hervorragender deutscher Dichter gefunden, aber bei näherer Vertiefung in den Stoff konnte sich keiner für ihn begeistern, und so sind denn gerade die bedeutendsten Behandlungen des Spartacus Bruchstücke geblieben. Wie man jetzt durch die Erklärung dieses Namens zum Träger eines ultraradikalen Programms das sozialistische Moment besonders hervorhebt, so haben vielfach soziale Empfindungen sich um diese Figur der römischen Geschichte kristallisiert. So dunkel die Beweggründe der durch Spartacus hervorgerufenen Sklavenbefreiung sind, so sah man doch in seinen Taten ein Symbol der Menschlichkeit und des Kampfes für die Menschenrechte. Deshalb beschäftigen sich zuerst in der Zeit vor der französischen Revolution die deutschen Geister etwas mehr mit ihm, und Lessing will Spartacus zum Helden einer „antityrannischen Tragödie" machen. Er ist aber über die ersten Vorbereitungen nicht hinausgekommen; wir wissen nur, daß er in Spartacus einen ursprünglich empfindenden tugendhaften Barbaren der römischen Ueberkultur entgegenstellen wollte und daß er, wie es auch später die meisten Bearbeiter taten, ein völlig ungeschichtliches Liebesmotiv einführte. Rousseausche Gedanken wirkten auf Lessing ein, und erwollte in seinem Spartacus kein Kunstwerk, sondern eine „soziale Tat" bieten, wobei er wohl die Sklavenbefreiung des Thrakers als Vorbild für die damals leidenschaftlich geforderte Bauernbefreiung hinstellen wollte. In weitschweifiger Form hat dann die von Lessing nur angedeuteten Ideen A. G. Meißner in seiner halb wissenschaftlichen, halb romantischen „Biographie" des Spartacus ausgeführt, in der eine „Ehrenrettung" des angeblich verkannten Fechters versucht wird. Ein großer Dichter, der sich auch jahrelang mit einem Spartacusplan getragen hat, war Grillparzer. In seiner Jugend erschien ihm diese antike Figur als das Sinnbild des menschlichen Dranges nach Freiheit, der sich mit Gewalt sein Recht verschaffen muß. Später freilich schrieb er: „Wenn ich mir jetzt die Idee, die mich bei der Ausarbeitung des Spartacus begeisterte, bedenke, so schaudere ich, und es ist mir kaum begreiflich, sie je gehabt zu haben." Grillparzer wendete sich bei der Durcharbeitung des Stoffes vom Sozialen immer mehr zum rein Menschlichen des Stoffes und stellte die Liebe des Sklaven zu der Tochter seines Herrn, der Patrizierin Cornelia, in den Vordergrund. Dieses sentimentale Liebesmotiv spielt dann bei späteren Bearbeitern, wie Koppel-Ellfeld und Richard Voß, eine immer größere Rolle. Immerhin wird das Spartacusmotiv von Revolutionären und Sozialisten wieder und wieder aufgenommen. So wie Lessing den Stoff vom sozialen Standpunkt behandelt hatte, versucht Arnold Ruge die Ideale der deutschen radikalen Partei von 1848 in seinem Operntext „Spartacus" zu verkörpern, und Lingg schildert in seinem schönen Gedicht in ihm den Freiheitshelden, der den Herzensschrei der geknechteten Menschheit ausstößt. Im Zusammenhang mit der Begründung der sozialdemokratischen Partei taucht der Spartacusgedanke in der deutschen Dichtung auf, indem ein überzeugter Sozialist und Kommunist Sigmund Engländer dies Thema Friedrich Hebbel nahezubringen sucht. Engländer, der mit Hebbel befreundet war, glaubte, daß sich aus dem Sozialismus eine neue Kunst und Poesie entwickeln werde, und sah im Spartacusstoff das beste Thema für diese neue Kunst. Hebbel aber zweifelte daran, ob eine soziale Tragödie als rein tragische Gattung überhaupt möglich sei, und hat daher seinen Spartacusplan nie ausgeführt, obgleich er noch in seinem letzten Lebensjahr an eine Bearbeitung dachte. „Eine soziale Tragödie", die Hebbel nicht für möglich hielt, versuchte dann A. Cr. Kalischer in seinem 1899 erschienenen Spartacusdrama zu schaffen. Sein mehr gelehrtes als künstlerisches Werk will beweisen, daß man die Heilmittel für die sozialen Gebrechen unserer Kultur in der Gesetzgebung der antiken Völker suchen müsse, und verschmilzt in langen theoretischen Erörterungen die Ansichten Platos, Aristoteles und der jüdischen Gesetzgeber mit den modernsten sozialen Forderungen. Aus all diesen Bemühungen um den Spartacusstoff ist eine echte Dichtung nicht entstanden. Die Figur dieses antiken „Räuberhauptmanns" erscheint eben in einem zu ungewissen und zweifelhaften Lichte, als daß von ihr Größe und Leidenschaft ausstrahlen könnten.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 17. Januar.

— Einstellung des Paket- und Wertbriefverkehrs nach Posen. Infolge der Unterbrechung des Betriebs auf den wichtigsten Eisenbahnstrecken hat der gesamte Paket- und Wertbriefverkehr nach dem Bezirk Posen bis auf weiteres eingestellt werden müssen.

— Verkauf von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen. In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel aus Heeresbeständen dem freien Handel zugeführt wurden. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Heeresangehörigen sich strafbar machen, so werden auch die betreffenden Käufer zur Verantwortung gezogen. Lebensmittel, auch Marketenderwaren, welche die Heeresverwaltung nicht benötigt, dürfen nur den mit der öffentlichen Bewirtschaftung beauftragten Stellen (Kriegsgesellschaften, Regierungspräsidenten, Kommunalverbänden usw) angeboten werden. Soweit diese Stellen nicht ohne Genehmigung zur Uebernahme berechtigt sind, haben sie sich an die vorgesetzte Dienststelle zu wenden.

— **Der Abtransport der alliierten Kriegsgefangenen** aus Deutschland ist, wie der Vorsitzende der französischen Kommission in Spaa in der Sitzung der Gefangenenkommission vom 14. Januar mitteilte, im großen und ganzen als beendet anzusehen. Die Sitzung der Gefangenenkommission konne somit ausfallen. Der französische Vorsitzende erklärte, er werde nach Paris und der englische Vertreter nach London zurückkehren. Noch zu erwartende größere und kleinere Rückfragen würden wohl am besten auf schriftlichem Wege erledigt werden.

Marienburg. Flugzeugpost. In der letzten Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats Marienburg-Stuhm am Sonnabend machte Göbel auf die nötig gewordene Bahnsperre aufmerksam, da für die Maschinen in Marienburg nur noch für etwa fünf Tage Kohlen vorhanden sind. Dem Landratsamt in Stuhm ist auf Ersuchen der dortigen polnischen Bevölkerung, die zirka 60 Prozent beträgt, ein ständiger polnischer Vertreter beigegeben worden. Da für Marienburg die Gefahr besteht, von den Polen abgeschnitten zu werden, wird ein Flugdienst eingerichtet. Die Flugzeuge sind mit zwei Maschinengewehren ausgerüstet. Es ist ein Kurierdienst zwischen Marienburg — Königsberg — Danzig — Berlin vorgesehen. — Eine Abgabe von Gas nach 10 Uhr abends erfolgt nicht mehr.

Königsberg. Studentenschaft und Heimatschutz. In gemeinsamer Versammlung des Lehrkörpers und der Studentenschaft der Albertusuniversität wurde beschlossen, im Interesse eines möglichst vollzähligen Eintritts in den Heimatschutz Ostpreußen, die Vorlesungen sofort auf unbestimmte Zeit zu schließen. An alle deutschen Universitäten soll ein Aufruf mit der Aufforderung zum freiwilligen Eintritt in den Heimatschutz ergehen.

Aus aller Welt.

Volksheere ohne Wehrpflicht.

Die allgemeine Wehrpflicht, die bisher die Quelle und Kraft der deutschen Landesverteidigung war, soll abgeschaft werden, und es ist in Aussicht genommen, ein Volksheer aus Freiwilligen zu bilden. Solche Versuche sind schon früher in der Geschichte gemacht worden, freilich, ohne dauernde Erfolge zu zeitigen. Das Heerwesen der alten Germanen wird gekennzeichnet durch die Bildung freiwilliger Heergeleite, die sich nach den Schilderungen von Tacitus den einzelnen Gaufürsten zur Verfügung stellten. Neben diesen freiwilligen Gefolgschaften bestand aber auch eine rohe Form der allgemeinen Wehrpflicht, indem jeder Volksgenosse zur Führung der Waffen angehalten werden konnte. Die Söldnerheere, die solange die Kriege der Weltgeschichte geführt haben, setzen sich aus Freiwilligen zusammen; doch kann man da nicht eigentlich von Volksheeren sprechen, da sich bald ein bestimmter Soldatenstand herausbildete. In den Monarchien der neueren Geschichte werden die stehenden Söldnerheere die gebräuchliche Form des Heerwesens, bei den Werbungen rissen bald Zwang und Ueberbietung ein, sodaß ein großer Teil der Angehörigen dieser Truppen zum Soldatenstand gepreßt wurde. Die Freiwilligkeit des Waffendienstes wird nur in solchen Zeiten besonders betont, in denen ein höherer Aufschwung durch die Massen geht und der Kampf für bestimmte Ideale in den Vordergrund tritt. Einer der früheren Prediger eines freiwilligen Volksheeres ist der große Florentiner Machiavelli, der in dem von der Medicäer-Herrschaft befreiten Florenz die Aufstellung einer freiwilligen Volkswehr empfahl und in ihr den einzigen Schutz sah gegen die durch die ewigen Kämpfe überhandnehmende Unsicherheit. Freilich mußte er über Mangel an Gemeinsinn und über eine Abneigung gegen das Waffentragen unter den Bürgern klagen, und diesen auf echt republikanischer Grundlage aufgebaute florentinische Volksheer kam nur in bescheidenem Umfange zustande. Aehnliche Pläne verfolgten in Deutschland des 10 Jahrhunderts die sog. „Defensionswerke", die in den verschiedensten Staaten von hervorragenden Heerführern ins Werk gesetzt wurden. Das Volk sollte durch diese Organisationen möglich in seiner Gesamtheit zur Landesverteidigung herangezogen werden, ohne daß es in stehende Heere eingegliedert wurde. Mit diesen Defensionswerken, unter denen das vom Grafen Johann von Nassau ins Leben gerufene besonders wichtig ist, nähern wir uns bereits dem Milizwesen, das zwar auf einer mehr oder minder durchgeführten Wehrpflicht des Volkes beruht, diese aber mildert, indem es keine stehenden Heere einführt, sondern die Truppen nur ausbildet und im Notfalle zur Verteidigung ausruft. Das Milizwesen hat sich bisher hauptsächlich bei Völkern ausgebildet, deren Grenzen nicht unmittelbar militärisch bedroht waren und die daher nicht immer auf der Hut gegen feindliche Angriffe zu sein brauchten. So hatte England vor dem Kriege neben der für auswärtige Kriegszwecke bestimmte Söldnerarmee sein uraltes Milizwesen bewahrt, ebenso die Schweiz, deren neutralisiertes Gebiet durch ihre hohen Gebirge noch besonders geschützt ist; Milizen hielten sich auch vor dem Kriege in der Hauptsache die Vereinigten Staaten und Kanada, die sich ebenfalls gegen plötzliche Angriffe sicher fühlen konnten. Die englische Freiwilligenarmee ging in ihren Anfängen auf die freiwilligen Jäger des 18. Jahrhunderts, die Hunter Volunteers, zurück. Diese Freiwilligenkorps wurden im Jahre 1840 durch ein besonderes Gesetz ausgebaut und bestanden im Jahre 1385 aus einem Heer von über 200 000 Mann. Bevor der Weltkrieg Großbritannien zur Schaffung eines gewaltigen Heeres auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht zwang, war bereits einmal im Augenblick der höchsten Not ein freiwilliges Volksheer aufgerufen worden, nämlich im Jahre 1803, als Napoleons Angriff gegen die englischen Küsten drohte. Dies Volksheer hat jedoch wenig geleistet; die Hauptsache im Kampf gegen Napoleon leisteten die englischen Söldnerheere. Größeren Erfolg hatten die Volksheere der französischen Revolution, doch kam man auch da bald nicht mehr ohne den Zwang der Konstitution aus. Die französische Nationalversammlung von 1789 erklärte die freiwillige Einreihung für die einzige Rekrutierungsweise, die dem Wesen eines freien Volkes entspräche. Die Aufrufe zur Bildung freiwilliger Volksheere hatten aber nicht den genügenden Erfolg, sodaß der Konvent im Februar 1793 eine Zwangsrekrutierung von 300 000 Mann beschloß. Die späteren Aushebungsgesetze des Direktoriums und Napoleons kommen der allgemeinen Wehrpflicht bereits sehr nahe. Unter Ludwig XVIII. aber wurde die Aushebung wieder abgeschafft; die Grundlage für das Volksheer sollte durch die Meldung Freiwilliger geschaffen werden. Alle diese auf Werbung beruhenden Heere bringen aber die Gefahren des Menschenhandels und der Fremdländerei mit sich, und so muß das Milizwesen, wie es in der Schweiz in neuester Zeit in vorzüglicher Weise ausgebildet wurde und sich auch bewährt hat, als die freiheitlichste Heeresform bezeichnet werden. Freilich ist ein solches Milizsystem nur möglich, wenn die in den letzten Jahrzehnten immer wieder drohende Kriegsgefahr von der Welt genommen wird, und deshalb wird die Ausgestaltung des künftigen deutschen Heeres in erster Linie von der neuen Gestaltung der Weltlage abhängen.

Abflauen des Ausstandes in Buenos Aires.

Ein Telegramm aus Buenos Aires besagt, daß über 2000 Ausständige — meist Russen — verhaftet wurden. — Die Lage wird wieder normal. Die Läden sind wieder geöffnet und die Bahnen nehmen den Verkehr wieder auf. Dreihundert Agitatoren wurden verhaftet wodurch sich die Zahl der seit drei Tagen verhafteten Personen auf 800 erhöht. 80 Prozent der Verhafteten sind Russen. Einige Widerspenstige wurden mit Lassos eingefangen.

Die Juwelen Nikolaus 2.

Ueber den Verbleib der Juwelen des ermordeten letzten Zaren schreibt ein Berichterstatter des Morgenbladet in Christiania, daß man einen Teil dieser Juwelen in Christania zu sehen bekommen habe. Es gibt nämlich in Norwegen eine ganze Anzahl Persönlichkeiten, die enge Beziehungen mit dem russischen Bolschewismus unterhalten und mit Nachrichten zwischen der norwegischen Hauptstadt und Moskau hin und her gehen. Der Berichterstatter nennt diese Leute, die für ihre Dienste reichlich entlohnt werden, die „Schakale der Revolution" und fährt fort: „Diese Schakale scheuen nicht das Licht, wie es die Schakale tun, die wir im Tierreich finden. Sie zeigen jedem, der sie sehen will, den Schmuck, den sie besitzen. Diese Juwelen und Edelsteine sind von einer derartigen Pracht und einzigartigen Größe, daß sie schon dadurch auf einen fürstlichen Besitzer hinweisen. Ihr Besitzer war früher der ermordete Zar Nikolaus 2., denn sie tragen seinen Namen und lassen sich mühelos als sein Eigentum identifizieren. Die Schakale haben diese Kostbarkeiten natürlich nicht gestohlen. Sie haben sie ehrlich in Moskau oder Petersburg erworben und bezahlt. Aber ist es nichtsdestoweniger nicht eine Schande daß wir solche Individuen unter uns dulden?"

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 11. Januar 1919.

St. Georgenkirche. Abends 8 Uhr Betstunde. Herr Pfarrer Johst.

Thorner Zeitung

Bekanntmachung!

Für die am

26. Januar 1919

stattfindende Wahl zur preußischen Landesversammlung gelten gemäß der bekannt gegebenen Verordnung vom 21. Dezember 1918 die für die Wahl zur deutschen Nationalversammlung aufgestellten Wählerlisten und die gleichen Wahlordnungsvorschriften, ferner, soweit nicht nachfolgend Abweichungen bekanntgegeben werden, die am 8. Januar bekannt gemachte Stimmbezirkseinteilung nebst Ernennung der Wahlvorsteher und Stellvertreter und Bestimmung des Wahllokals.

Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wahlberechtigte. Ansprachen darf niemand halten. Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört.

Wahlberechtigt ist nur, wer in die ausgelegte Wählerliste des Stimmbezirkes gemäß § 6 der Wahlordnung eingetragen ist. Eine Ausnahme ist jedoch für die erst nach dem 6. Januar d. Js. aus dem Felde heimgekehrten Wahlberechtigten angeordnet worden, indem solche auf Grund einer von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers unter Dienstsiegel ausgestellten, diese Tatsachen bekundenden Bescheinigung **ohne Eintragung** in die Wählerliste dort zur Wahl zugelassen werden dürfen, wo sie sich am Wahltage aufhalten. (Verordnung vom 28. 12. 18, besonders bekannt gemacht am 7. d. Mts.)

Ohne eine solche nach vorgeschriebenem Muster ausgestellte Bescheinigung ist Zulassung nicht statthaft. Die Bescheinigung ist vor der Ausübung des Wahlrechtes vom Wahlvorsteher abzunehmen und dem Wahlprotokoll beizufügen.

Der Wahlvorsteher leitet die Wahl.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum oder Nebentisch aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, steckt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die nicht in dem abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wählern, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentische nur solange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

Um 8 Uhr nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Hiernach dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Prüfung des Abstimmungsergebnisses muß spätestens am nächstfolgenden Tage erfolgen.

Ungültig sind Stimmzettel

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. die nicht von weißem Papier sind;
3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
5. aus denen nicht die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist;
6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthalten;
7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten;
8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungült

Die gültigen Stimmzettel sind ohne Rücksicht auf ihre Vollständigkeit und die Reihenfolge der Benennungen den einzelnen Wahlvorschlägen zuzurechnen.

Stimmbezirkseinteilung:

Nr. des Stimmbezirks	Der Stimmbezirk wird gebildet aus den Straßen usw.	Seelenzahl	Wahlvorsteher	Wahlvorsteher-Stellvertreter	Wahllokal
1	Altstädt. Markt Baderstr. mit Kaserne II Marienstr. Seglerstr.	1750	Stadtrat Mallon	Stadtverordneter Kuttner	Restauration Saal Nicolai (jetzt Hildebrandt), Mauerstraße 60/62
2	Araberstr. Bankstr. Bauhof (städt.) am Brückentor Brückenstr. Brückentorturm Fährhaus Ferrari'sche Holzwächterbude am Weichselufer Heiligegeiststr. Jesuitenstr. Nonnentor Rohrmeisterhaus am Nonnentor Schankhaus I und II Schiefer Turm Turm 40 Turmstr.	1590	Stadtverordneter Stenzel	Hausbesitzer Dr. Kusel	Garnisonkasino Seglerstr. Nr. 8, 1 Treppe
3	Bäckerstr. Coppernikusstr. Windstr.	1523	Stadtverordneter Rich. Krüger	Justizrat Dr. Stein	I. Gemeindeschule, Zimmer 1, Backerstraße Nr. 49
4	Am Bromberger Tor Baumschulenweg Brombergerstr. Nr. 1—18 Bromberger Tor Defensionskaserne Fischerstr. Hafenhaus am Winterhafen Kähne und Dampfer im Winterhafen und am Ufer Kerstenstr. Koernerstr. Roter Weg Schiffsbauplatz am Winterhafen Schmiedebergstr. Steilestr.	1322	Gerichtsvollzieher Knauf	Baurat Förster	Talgarten, Fischerstraße Nr. 5
5	Bachestr. Breitestr. Mauerstr. Schillerstr.	1748	Stadtverordneter Meinas	Stadtverordneter Menzel	Schulbaracke an der Culmer Esplanade
6	Anschlußkaserne links vom Culmer Tor Culmerstr. Culmer Tor-Kaserne Culmer Tor-Wache Ergänzungsgebäude am Culmer Tor Gerechtestr. Nr. 23—Ende Gewerbeschule Grabenstr. Hohestr. 18 Klosterstr. Kreishaus Landespolizeigefängnis Oekonomiegebäude an der Culmer Esplanade Paulinerstr. Schuhmacherstr. Stadttheater Zwingerstr.	1916	Gewerbeschuldirektor Busse	Gewerberat Wingendorf	Gewerbeschule Eingang Grabenstraße (Erdgeschoß Zimmer 18/19)
7	Brauerstr. Elisabethstr. Gerberstr. Jakobstr. Junkerstr. Karlstr. Kleine Marktstr. Neuer Festungsschirrhof Neustädt. Markt Nr. 1—12 und 22—Ende Schloßstr.	1785	Geh. Studienrat Dr. Maydorn	Oberlehrer Johannes	Lyzeum, Gerberstraße Nr. 19
8	Albrechtstr. Bahnstr. (Familienhaus) Bazarkämpe mit Schiffsbauplatz Bismarckstr. Brückenkopf und Wache Brückenpfeiler Fußarilleriekaserne (Brückenkaserne) an der Wilhelmstr. Hauptbahnhof mit Selterausschankhäuschen daselbst Hermannplatz Offizierkasino des Inf.-Regts. Nr. 21 Schankhaus III Stadtbahnhof Wilhelmstr. Wohnbaracken am Stadtbahnhof	1427	Stadtverordneter Engel	Rentmeister Boehm	Fußartillerie-Kaserne (Brückenkaserne) an der Wilhelmstr., Eingang gegenüber Eisenbahnbetriebsamt, Unteroffizier-Versammlungszimmer i. Wirtschaftsgebäude

Nr. des Stimmbezirks	Der Stimmbezirk wird gebildet aus den Straßen usw.	Seelenzahl	Wahlvorsteher	Wahlvorsteher-Stellvertreter	Wahllokal
9	Gerechtestr. Nr. 1—22 Gerstenstr. mit Garnisonlazarett I Hohestr. 1—13 Neustädt. Markt Nr. 13—21 Strobandstr. Tuchmacherstr.	2011	Mittelschulrektor Lottig	Stadtverordneter Willimczik	Mädchen-Mittelschule, Eingang Gerstenstraße
10	Friedrichstr. Friedrich-Karlstr. (Familienhaus) Hospitalstr. Katharinenstr. Leibitscher Tor-Dienstwohnung Leibitscher Tor-Kaserne und Wache Leibitscher Torplatz Moltkestr. Roonstr. Werderstr. Wilhelmkaserne Wilhelmplatz	1902	Mittelschulrektor Krieger	Stadtverordneter Paul Dombrowski	Knaben-Mittelschule, Eingang Wilhelmplatz
11	Barackengruppe Luftschiffhalle Culmer Chaussee Nr. 1—51 Heppnerstr. Kirchhofstr. Philosophenweg Rosenowstr. Waldstr. Nr. 1—49	1511	Baugewerksmeister Rinow	Stadtrat Asch	Bürgergarten, Culmer Chaussee Nr. 16, gr. Saal
12	Fort Herzog Albrecht Gut Weißhof Hilfslazarett (Garnisonlazarett II) Hirtenkate Kasernenstr. Obstplantage Weißhof Pionierkaserne Waldstr. Nr. 50—Ende Weißhöferstr.	1921	Stadtforstrat Löwe	Stadtbaurat Kleefeld	Pionier-Offizier-Kasino, Eingang Schulstraße
13	Bahnhof Thorn-Schulstr. Festungslazarett VII u. VIII (Schulstr.) Hofstr. Kloßmannstr. Mittelstr. Schulstr. (ohne Pionierkaserne) Wasserwerk Neu-Weißhof Wrangelkaserne	1455	Rektor Heidler	Seminardirektor John	III. Gemeindeschule Schulzimmer 4 m, nördlicher Eingang, Schulstr. 6
14	Bahnwärterhaus an der Kleinbahn Thorn-Scharnau Brombergerstr. Nr. 19—Ende Bromberger Chausseehaus Demobilmachungslager Fliegerbeobachterschule nebst Flugplatz Fort Heinrich von Plauen mit Familienhaus und Schießstand Grünhof Hilfsförsterei Holzhafengebiet Kinderheim Okraczyn Parkstr. Pastorstr. Smolnik Waisenhaus Wieses Kämpe Winkenau Ziegelei mit Heinrichsruh	1503	Stadtrat Walter	Professor Dr. Wilhelm	Tivoli, Brombergerstraße Nr. 10
15	Mellienstraßen-Durchbruch Mellienstr. Nr. 1—106 Talstr.	1720	Stadtverordneter Schwartz	Rechnungsrat Dommer	Germaniasaal, Mellienstr. Nr. 106
16	Mellienstr. 107—Ende Ulanenkaserne und Familienhaus Ulanenstr.	1727	Stadtverordneter Felske	Rechtsanwalt Dannhoff	Ulanenkaserne (Kaserne I) Zimmer 43/44
17	Familienhaus an der Jakobsesplanade Jakobsbaracke Jakobskaserne Leibitscherstr. Nr. 1—35 und Baracken daselbst Oekonomiegebäude an der Jakobs-Esplanade Stulsteig Weinbergstr. Zeughauswaffenmeisterei	1566	Lehrer Lukowski	Rektor Zill	IV. Gemeindeschule, Leibitscherstraße 44
18	Brunnenstr. Leibitscherstr Nr. 36—Ende (ausschließlich Leibitscher Chausseehaus) Schlachthausstr. Taubenstr. Trepposcher Weg Viehmarktstr.	1771	Lehrer Tornow	Schlachthofdirektor Kolbe	Restauration Drenikow, Leibitscherstraße 54
19	Artilleriestr. Bogenstr. Buchtaburg und Buchtakrug Familienhaus bei Fort York Feldartilleriekaserne Feste König Wilhelm I mit Familienhaus Flurweg Fort Bülow mit Familienhaus Fritz Reuterstr. Kaserne der Bespannungsabteilung des Fußartl.-Regts. Nr. 11 Kiesweg Königstr. Leibitscher Chausseehaus Wallmeister-Dienstwohnung bei Fort Bülow Wallmeister-Dienstwohnung bei Fort York Werk L'Estocq	546	Bezirksvorsteher Jung	Molkereidirektor Lüdemann	Mannschaftshaus II d. Feldartl.-Kas. Eingang Königstr., Zimmer 57/58
20	Bahnhof Thorn-Mocker Bahnhofstr. Bahnwärterhäuser Nr. 1, 2, 230, 230 a, 231 Festungslazarett 5 Geretstr., Kanalstr., Kometenstr. Lindenstr. Nr. 60—Ende Spritstr. Waldauerstr.	1716	Kreisbaumeister Krause	Fabrikdirektor Schiersmann	Kaserne der Bespannungsabteilg. Fußartl.-Regts. Nr. 11, großer Mannschaftsspeisesaal (Hof).
21	Bahnhofswinkel Lindenstr. Nr. 1—59 Nonnenstr. Schwerinstr. Wiesenstr.	1606	Rektor Schwarz	Stadtverordneter Krause	Katholische Knabenschule, Wiesenstraße
22	Eichbergstr. Nr. 8 — Ende Graudenzerstr. Nr. 98 bis Ende Hauptgraben Kosakenstr. Roßgartenstr. Wohnbaracken an der Eichbergstr.	1626	Rektor Krause	Bäckermeister Strube	Katholische Mädchenschule, Wiesenstraße
23	Amtsstr. Drewitzstr. Festungs-Baracken-Lazarett D Goethestr. Graudenzerstr. Nr. 1—84, 86, 88, 90, 92, 94, 96 Grützmühlenstr. Grützmühlen-Tor-Kaserne Hindenburgstr. Ludendorfstr. Lünette III (Festungskompagnie 1), Rayonstr. Rösnerstr. Schmiedestr. Ulmen Allee Nr. 1, 2, 3, 4, 6, Voßstr. Wollmarktstr.	1576	Stadtverordneter Wichert	Lehrer Pleger	Viktoriapark, Graudenzerstr. 1/3
24	Bayernstr. Bergstr. Nr. 1—5 Conduktstr. Nr. 1 — 37 ungerade und Nr. 2—42 gerade Nummern Grenzstr. Kapellenstr. Prinz Heinrichstr. Sandstr. Sedanstr.	1611	Stadtverordneter Wartmann	Stadtverordneter Stephan	Restaurant Sturczinski, Bergstr. 22
25	Bergstr. Nr. 6—Ende Conduktstr. von Nr. 39 ungerade Nummern und Nr. 44 gerade Nummern bis Ende Ritterstr. Nr 1—25 ungerade, Nr. 2 — 6 gerade Nummern.	1518	Stadtverordneter Paul	Stadtverordneter Gerdom	Kleinkinder-Bewahranstalt, Culmer Chaussee 55
26	Bornstr. Nr. 8—Ende Elsnerstr. Gartenstr. Goßlerstr. von Nr. 32 — Ende Graudenzerstr. Nr. 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97 Kirchstr. Ulmen Allee von Nr. 5 ungerade Nummern, Nr. 8 gerade Nummern bis Ende, Wörtstr.	1622	Stadtrat Hentschel	Stadtrat Urbanski	Restauration Saal Rüster, Graudenzerstraße 85
27	Blücherstr. Bornstr. Nr. 1—7 Culmer Chaussee Nr 52—93 Endstr. Kurzestr. Ritterstr. von Nr. 27—Ende ungerade, von Nr. 8 — Ende gerade Nummern	1644	Baugewerksmeister Kaun	Kaufmann Stöter	Kinderhort, Culmer Chaussee 26
28	Bahnhof Thorn Nord Culmer Caussee Nr. 94—Ende Goßlerstr. Nr. 1 — 31 Janitzenstr. Wasserwerk Weißhof (alt)	1614	Stadtverordneter Jacob	Betriebsingenieur Jahn	Preußischer Hof, Culmer Chaussee Nr. 63
	Zusammen	46 227	nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910.		

Gegen die vorstehend wiederholte Stimmbezirksverteilung für die Wahl am 19. ds. Mts. treten nur die nachstehend aufgeführten* Abweichungen bezüglich der Wahl am 26. d. Mts. ein: 1. Für Stimmbezirk 1 tauschen Wahlvorsteher und Stellvertreter. Als Wahllokal dient das Vereinszimmer im Artushof, Altstädt. Markt 6, 1 Treppe. 2. Für Stimmbezirk 15 wird das Wahllokal verlegt nach dem Saallokal von Pohl (früher Liedtke) Mellienstraße Nr. 99. 3. Für Stimmbezirk 22 wird der Wahlraum am 26. d. Mts. verlegt nach der evangelischen Knabenschule, Wiesenstraße.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Der Magistrat.

Dr. Hasse.